

ödp zur aktuellen Familienpolitik

Wird die Familie von unserem Staat verwöhnt oder geschädigt?

In den letzten Wochen waren in der Presse abenteuerliche Geldbeträge zur „Familienförderung“ zu lesen. Laut Kieler Institut für Weltwirtschaft soll es sich um 240 Milliarden Euro an staatlichen Mitteln handeln.

Von Dr. Johannes Resch

Diese Zahl ist irreführend, da sie riesige Geldbeträge berücksichtigt, die der Familie gar nicht zugute kommen. Der Betrag schafft aber Verwirrung. Schließlich sieht das nach Verwöhnung der Familien aus.

Nach einer Veröffentlichung der Bundesbank sollen im Jahr

unter den heutigen Bedingungen sogar stärker profitieren als die Familien. Schließlich müssen die dort ausgebildeten Kinder den Kinderlosen später in der Regel höhere Renten zahlen als den eigenen Eltern.

Weiter werden die gesamten Kindergeldzahlungen (in Höhe

geld u.a. (insgesamt ca. 13 Mrd. Euro).

Besonders absurd ist, dass die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht (11,5 Mrd.) als „Leistung für Familien“ gewertet wird, obwohl beim geltenden Umlageverfahren die Erziehungsleistung

ergibt, den Kinderzuschlägen im öffentlichen Dienst (fällt künftig sogar weg), dem Erziehungsgeld und den Gesundheitskosten der Kinder. Das alles sind Leistungen, die dem Unterhalt und der Krankenversorgung der Kinder dienen.

Nun werden diese 38 Mrd. von den Familien selbst mitfinanziert. Beim heutigen Anteil von Kinderlosen von etwa einem Drittel der Bevölkerung (Eltern mit lebenslang einem Kind zu 50 % mitgezählt) und der Tatsache, dass Kinderlose im Schnitt

Ganz sicher ist es aber so, dass unser Sozialsystem eine gewaltige Umverteilung finanzieller Mittel von den Familien zum kinderlosen Bevölkerungsteil erzwingt.

mehr erwerbstätig sind, kann davon ausgegangen werden, dass etwa die Hälfte des Betrages (also ca. 19 Mrd.) aus den Taschen der Kinderlosen kommt.

Ist nun dieser sehr viel bescheidenere Betrag für das Jahr 2000 aber wirklich eine „Familienförderung“?

Diesem „Familienlastenausgleich“ von ca. 19 Mrd. zugunsten der Familien steht aber der heutige „Alterslastenausgleich“ zugunsten der kinderlosen Mitbürger gegenüber: Wenn die Kinder erwachsen und die Erwerbstätigen Rentner geworden sind, dreht sich der Finanzstrom um. Jetzt werden die gesamten Renten einschließlich der Krankheitskosten aller gesetzlich versicherten Rentner von den Kindern der Familien finanziert. Werden die Ansprüche der kinderlosen Rentner mit einem Drittel geschätzt (was sehr zurückhaltend ist), so erhalten diese (bezogen auf das Jahr 2000) allein aus den gesetzlichen Versicherungen ca. 77 Mrd. Euro als Renten, ca. 22 Mrd. für Krankheitskosten und 5 Mrd. für Pflegekosten. Dabei ist zu beachten, dass die Krankheitskosten der Rentner



Foto: BilderBox.com

2000 die „Leistungen für Familien mit Kindern“ 150 Mrd. Euro betragen haben. Diese Zahl wurde ohne nähere Prüfung in den 7. Familienbericht übernommen (S. 459 des Berichts). Die mitgelieferte Aufschlüsselung zeigt allerdings, dass es auch hier überwiegend um Leistungen geht, die sich nicht speziell zugunsten der Familien auswirken.

Da werden 71 Mrd. für Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen u.a.) berücksichtigt, von denen kinderlose Bürger

von 31 Mrd. Euro) angeführt, obwohl das Kindergeld etwa zur Hälfte rückerstattete Steuer ist, die sich aus der Steuerfreiheit des Existenzminimums ergibt. Diese Steuerfreiheit steht aber allen zu, nicht nur den Familien.

Schließlich werden eine ganze Reihe von Leistungen angeführt, die Nicht-Familien ebenso erhalten, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Es handelt sich also nicht um eine Vorzugsbehandlung von Familien. Das gilt für Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosen-

der einzige echte Beitrag dafür ist, dass später Renten überhaupt gezahlt werden können (im Gegensatz zu den Beiträgen der Erwerbstätigen, die lediglich die Renten der heutigen Rentner finanzieren).

Fasst man die angeführten Zahlungen zusammen, die tatsächlich als „Leistungen für Familien“ anzusehen sind, verbleiben ca. 38 Mrd. Euro. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um das „echte Kindergeld“, also den Betrag, der sich nach Abzug der Steuerrückerstattung



Foto: BilderBox.com

mindestens die Hälfte aller Krankheitskosten ausmachen und die Pflegekosten fast ausschließlich durch ältere Menschen verursacht werden.

Das bedeutet, dass den ca. 19 Mrd. Euro, die Kinderlose zum Unterhalt der Kinder beitragen, ca. 104 Mrd. gegenüberstehen, die die in den Familien erzogenen Kinder zum Unterhalt (einschließlich Krankheitskosten) der kinderlosen Rentner aufbringen müssen. Unterm Strich wird also der kinderlose Bevölkerungsteil jedes Jahr mit etwa 85 Mrd. Euro von den Familien subventioniert.

Es ist klar, dass es sich hier um eine sehr pauschale Berechnung handelt, der allerdings die Zahlen des statistischen Bundesamtes zugrunde liegen. Die genauen Zahlen mögen um bis zu 10% nach oben oder unten differieren. Ganz sicher ist es aber so, dass unser Sozialsystem eine gewaltige Umverteilung

finanzieller Mittel von den Familien zum kinderlosen Bevölkerungsteil erzwingt. Bei diesem Umfang musste das zwangsläufig zu der relativen Verarmung der Familien führen, die wir heute

Das Sozialsystem untergräbt mit der Zeit alle Wertvorstellungen, die Voraussetzung für ein funktionierendes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sind.

beobachten können mit allen inzwischen eingetretenen psychologischen Folgen.

Dieses geradezu irrwitzig aufgebaute Sozialsystem (im

5. Familienbericht noch als „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“ gebrandmarkt – S. 320 des Berichts) ruiniert nicht nur sich selbst und die Familien, auf denen es aufbaut. Es untergräbt mit der Zeit alle Wertvorstellungen, die Voraussetzung für ein funktionierendes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sind.

Nachhaltigkeit im Sozialsystem (d.h. ein dauerhaftes Funktionieren) ist nur zu erreichen, wenn Versicherungen so organisiert sind, dass sie zwar die individuellen Risiken durch kostendeckende Beiträge aller Versicherten minimieren oder beheben, aber nicht einen Teil der Bevölkerung für den anderen arbeiten lassen.

Wenn aber der Gewinn aus der Kindererziehung völlig widersinnig fast allein an die Erwerbstätigkeit gekoppelt wird, wie es in unserem System der Fall ist, dann wird die Erziehungsleistung als wichtigste Investition eines Gemeinwesens geringer geachtet als viele überflüssigen Erwerbstätigkeiten. Das muss eigentlich zwangsläufig zur Selbsterstörung der Gesellschaft führen.

Dr. Johannes Resch,

Sozialexperte

der ödp

Kontakt:

JohannesResch@t-online.de



Pressemitteilung der ödp

ödp kritisiert „Elterngeld“ als Bluff

Resch: „Umschichtung von ärmeren zu reicheren Eltern“

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) kritisiert das von der großen Koalition geplante „Elterngeld“ als „Bluff“ und als fragwürdige politische Entscheidung.

Dazu Dr. Johannes Resch, sozialpolitischer Experte und Mitglied der Programmkommission der ödp: „Groß herausgestellt wird, dass bisher gut verdienende Mütter oder Väter maximal 14 Monate lang höhere Leistungen erhalten als bisher, wenn sie bei der Geburt ei-

nes Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. – Verdrängt wird aber, dass damit die Leistungen des bisherigen über 24 Monate gezahlten Erziehungsgeldes auf 14 Monate gekürzt werden.“

Das von der großen Koalition beabsichtigte „Elterngeld“ werde von der Familienministerin Ursula von der Leyen mit großem Aufwand als „neuer Ansatz in der Familienpolitik“ gepriesen. Aber Mütter oder Väter, die wegen eines vorangegangenen Kindes nicht erwerbstätig waren oder

Studentinnen erhielten nur noch für 14 Monate den Sockelbetrag von 300 Euro (statt bisher für 24 Monate). „Das bedeutet nahezu eine Halbierung der Leistungen gerade für die Eltern, die das Geld am nötigsten brauchen“, erläutert Johannes Resch.

Nach den vorliegenden Informationen lägen die Kosten für das „Elterngeld“ nicht wesentlich höher als für das bisherige Erziehungsgeld. „Es gibt also gar kein „Mehr“ für Eltern. Es handelt sich lediglich um eine Umschich-

— IMPRESSUM —

Ökologie*Politik* erscheint viermal im Jahr (Februar, Mai, August, November). Der Bezugspreis ist für ödp-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können Ökologie*Politik* für 8,- Euro im Jahr abonnieren.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2006.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei, Sartoriusstr. 14, 97072 Würzburg, Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax 4 04 86-29

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann, Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
Florence von Bodisco, Sartoriusstraße 14, 97072 Würzburg

Redaktion

Uwe Dolata, Barbara Sülzer (Fotos)

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Prof. Dr. Herwig Birg, Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner, Ellen Eigemeier, Edgar Gudhe, Michael Kraus, Urban Mangold, Gerhard Matzig, Oswald Metzger, Prof. Günther Moewes, Dr. Claudius Moseler, Andreas Pecht, Dr. Johannes Resch, Volker Reusing, Alex Rühle, Heidrun Schall

Fotosatz und Anzeigenvertrieb

naturnah – Agentur und Verlag für Natur und Qualität, Inh.: Hans Amann, Xaver-Fuhr-Str 52, 93055 Regensburg, Tel. (09 41) 7 81 62 99, Fax (09 41) 7 81 62 79

Anschrift der Redaktion

Ökologie*Politik*, Sartoriusstr. 14, 97072 Würzburg
Fax (09 31) 4 04 86-29
E-Post: florence.bodisco@oedp.de
VR-Bank Würzburg
BLZ 790 900 00,
KtoNr. 74 080

Die Redaktion behält sich die Kürzung eingesandter Beiträge vor. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt Meinung der ödp oder der Redaktion.

Ökologie*Politik* wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

tung von ärmeren zu reicheren Eltern“, empört sich der ödp-Politiker. Das „Elterngeld“ sei nicht nur ein Bluff, der mehr Elternfreundlichkeit vortäuschen soll. Es sei auch eine sehr fragwürdige sozialpolitische Entscheidung, die ohnehin ärmere Eltern noch ärmer macht – zum Nachteil von deren Kindern, so Resch.

Der ödp-Politiker abschließend: „Im Übrigen bedeutet die Ablösung des Erziehungsgeldes durch das „Elterngeld“ auch eine weitere ideelle Abwertung der geleisteten Erziehung, da die unterbrochene Erwerbstätigkeit höher bewertet wird als die Kindererziehung selbst.“